

Die schweizerische Arbeiter- bewegung.

ap. Die Verhandlungen des Parteitags der schweizerischen Sozialdemokratie in Neuenburg zeigen, wie die schweizerische Arbeiterbewegung sich immer mehr in derselben Richtung entwickelt, wie diejenige der anderen Länder. Darin offenbart sich die Wirkung der modernen kapitalistischen Industrie, die nach dem Untergange der alten bedeutenden Hausindustrie in den letzten Jahrzehnten emporgelommen und die Grundlage für eine moderne Arbeiterbewegung geschaffen hat.

Die alte sozialdemokratische Bewegung wurde in ihren Anschauungen und Methoden durch die unentwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt, sowie durch deren politischen Ausdruck, die schweizerische Demokratie. Diese Demokratie deckt sich nicht in jeder Hinsicht mit dem, was wir darunter verstehen, und sie fand schon von altersher eine Grenze in ihren historischen und ökonomischen Grundlagen. Neben dem Kleinbauerntum der Gebirgstäler, deren Wirtschaftsweise eine dörflich-demokratische Verfassung mit sich bringt, herrschten in der Schweiz die städtischen Patrizier, die Kaufleute, die die Heimarbeiter ausbeuteten und mit straffer Hand die Zügel der Regierung führten. Was die politischen Formen der Schweiz von denen anderer Staaten vor allem unterscheidet und meist als Demokratie bezeichnet wird, ist der Republikanismus, das Fehlen einer erblichen Regierungsgewalt, die die Beamten von oben ernennt; die Behörden werden von unten durch das Volk gewählt. Diese Demokratie hat, zusammen mit den unentwickelten wirtschaftlichen Verhältnissen, den Charakter der früheren sozialdemokratischen Bewegung bestimmt, deren Umbildung zu einer modernen Sozialdemokratie gerade Inhalt der gegenwärtigen Parteigeschichte und Objekt der Kämpfe und Gegensätze in der Partei ist. Insofern diese alten Formen durch die Kraft der Tradition das Durchdringen einer neuen Taktik verlangsamen, kann man vom Standpunkte unserer sozialdemokratischen Auffassungen aus von einer hemmenden und schädigenden Wirkung jener Demokratie auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung reden.

Die sozialdemokratische Partei führt als Vertreterin der Arbeiter schon seit langem den politisch-parlamentarischen Kampf gegen andere Parteien. Aber die kleinbürgerlichen Verhältnisse führten dazu, daß dieser Parteikampf nicht als Klassenkampf empfunden und gekämpft wurde. Wahlkompromisse mit bürgerlichen Parteien waren daher an der Tagesordnung, wozu auch das Wahlsystem der Listen ohne Proporz mitwirkte. Schlimmer noch steht es mit den gewählten Beamten. Wenn die Arbeiter ihre Genossen, Mitglieder der Partei, in die Posten eines Amtmanns oder Regierungsrats gewählt haben, fühlen diese sich da nicht als Vertreter des Proletariats, sondern aller Bürger. Mittels der Ideologie des „Allgemeininteresses“, dem sie zu dienen haben, weisen sie jede Kontrolle oder Beeinflussung ihrer Amtsführung durch die Partei zurück, da sie nur ihrem Gewissen und der Gesamtheit aller Bürger verantwortlich seien. Dasselbe gilt auch in hohem Maße von allen Parlamentariern; die ständige Kontrolle der Tätigkeit durch, und die Verantwortung gegen die Parteiorganisation, die in der deutschen Partei selbstverständlich ist, fehlt hier fast völlig. Ist daher die Besetzung eines Regierungspostens durch einen Arbeitervertreter kaum ein wesentlicher Gewinn für das Proletariat, so bringt sie auf der anderen Seite einen erheblichen Schaden. Alles, was die Arbeiterbewegung an guten Kräften hervorbringt, ist für diese Posten nötig — reicht oft sogar nicht einmal; so wird sie aller Personen beraubt, die fähig wären, als Führer im Kampfe aufzutreten und ihr ganzes Können und Wissen dem Aufbau der Organisation zuzuwenden. Darin besteht ein scharfer Gegensatz zu der deutschen Bewegung. Wie in Deutschland der systematische Ausschluß aller fähigen Köpfe im Proletariat von dem Aufstieg zu höheren Posten diese zwingt, sich völlig der Bewegung zu widmen, und dadurch zu einem Element der Kraft der deutschen Arbeiterbewegung wurde, so bildet der schweizerische Zustand umgekehrt ein Element der Schwäche der dortigen Bewegung. Die allgemeine politische Demokratie, die das Proletariat nicht als eine eigene von dem Uebrigen scharf getrennte Gruppe hervortreten ließ, hat die Entwicklung der Parteidemokratie verhindert oder gehemmt.

Das Emporkommen des Kapitalismus in der Schweiz hat nun die alten wirtschaftlichen Verhältnisse revolutioniert und damit auch die alten Parteiverhältnisse in Gärung und Umwälzung gebracht. Die Großindustrie ist mächtig emporgekommen und hat große Arbeitermassen, Schweizer und Ausländer, herangezogen. Die Landwirtschaft wird zur Warenproduktion und die sich organisie-

renden Bauern werden in die Politik hineingezogen. Moderne Klassengegensätze und Klassenkämpfe entstehen. Die Arbeiter schaffen sich kräftige Gewerkschaften gegen das Unternehmertum, an dessen Spitze Millionäre, wie der Maschinenkönig Sulzer-Ziegler in Winterthur als richtige Scherfmacher das ganze Spießertum gegen die Sozialdemokratie ins Feld führen. Die Bauern, die Lebensmittelscholle wünschen, haben das instinktive Empfinden, daß die neu entstehende moderne denkende städtische Arbeiterbevölkerung dabei ihre Gegner sind und schließen sich den Spießern an. Die liberale Bourgeoisie der Städte tritt vielfach für den Agrarwucher ein, um die Hilfe der Bauern gegen die Arbeiter zu gewinnen — diese bemerkenswerte Tatsache beweist, wie wenig die Unterstützung der junkerlichen Wucherpolitik in Deutschland durch die Bourgeoisie einen unnatürlichen Ausnahmefall bildet — und die Bauern sind dafür bereit, jedem Unterdrückungsgesetz gegen die Arbeiter, wie Streit- und Streitpostenverboten, zuzustimmen.

Diese neuen Verhältnisse mußten auch einen Umschwung in der Partei bewirken. Nicht durch die theoretische Einsicht, sondern durch die praktische Erfahrung. Nicht die Sozialdemokraten importierten den Klassenkampf, sondern die bürgerlichen Klassen. Der bürgerliche Block, der 1905 fast alle Sozialdemokraten aus dem Nationalrat hinauswarf, schreckte die Partei aus der demokratischen Duselei auf und brachte ihr in unliebsamer Weise zum Bewußtsein, daß die Zeiten sich geändert hatten. Dieses Erlebnis führte schon zu einem festeren Ausbau und einer inneren Kräftigung der Organisation. Noch stärker wirkten die wirtschaftlichen Kämpfe. Bei allen Streiks der letzten Jahre — wie dem Maurer- und dem Metallarbeiterstreik in Winterthur 1910 und dem Schlosserstreik in Zürich 1912, der zu dem Generalstreik am 12. Juli führte — traten die Behörden der „Demokratie“ in der schärfsten Weise für die Unternehmer gegen die Arbeiter auf, verboten das Streikpostenstehen, ließen Streikende durch die Polizei mißhandeln, wiesen Ausländer in brutaler Weise aus, alles genau wie bei uns in Preußen. So wurde den Arbeitern scharf eingepreßt, daß auch die schweizerische Demokratie nur eine Form für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ist. Diese neue Einsicht tritt wiederholt mit den Traditionen vieler politischer Führer in Konflikt, und das Resultat dieser Kämpfe kann nur dahin gehen — mögen auch noch viele Einzelprobleme zu lösen sein — die Politik in den Parlamenten unter die Kontrolle der Organisationen zu bringen und damit diese Parlamentspolitik zu einer Waffe im Klassenkampfe zu machen.

Diese Umwälzung wäre noch schneller vor sich gegangen, wenn die gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter auch den politischen Kampf hätten führen müssen. Aber sie waren zu einem bedeutenden Teil Ausländer. Die Bedeutung der Ausländer sieht man daraus, daß sie 1910 15 pZt. (1900 erst 11,5 pZt.) der ganzen Bevölkerung bildeten, in Grenzorten sogar 40 pZt., und von den industriellen Arbeitern fast 31 pZt. ausmachen. Ihre politische Rechtlosigkeit, verbunden mit ihrer Unentbehrlichkeit für das kapitalistische Wirtschaftsleben, zeigt uns den Mangel der schweizerischen Demokratie; sie ist so wenig eine echte Demokratie, wie die Patrizierherrschaft im alten Rom oder in den mittelalterlichen Städten, gegen die die eingewanderten, wirtschaftlich wichtigen Plebejer und Kleinbürger damals ankämpften, eine Demokratie war. Weil die Ausländer keine politischen Rechte besitzen, konnten sie nur mittels ihrer Gewerkschaft kämpfen, auch politisch; so erklärt sich der zeitweilige Einfluß sozialistischer Ideen, und auch der breite Raum, den die Massenstreikdebatte auf dem Neuenburger Parteitag einnahm. Sie standen lange als eine Sonderorganisation außerhalb der schweizerischen Partei, in der die alten kleinbürgerlichen Ideen des Grüttlivereins vorherrschten, nach denen ein Ausländer, der die Schweizer „Eigenart“ nicht kannte, in der Schweizer Politik nicht mitreden durfte. Ihre Zulassung 1911 als gleichberechtigte Mitglieder in der Partei, die jetzt durch die Auflösung ihrer besonderen Organisation besiegelt ist, wird eine bedeutende Stärkung der Tendenzen bringen, die infolge der wachsenden Industrialisierung der Schweizer Arbeiter die Partei in neue Bahnen drängen. Denn die Ausländer waren schon vorbildlich durch ihr Bildungswesen, und von ihnen gingen auch schon Versuche aus, die Parlamentspolitik unter die Kontrolle der Parteimitglieder zu bringen.

Die Er kämpfung gleicher politischer Rechte für die Ausländer, in der Form der Erleichterung der Einbürgerung dieser schweizerischen Plebejer, wird jetzt zu einer wichtigen Aufgabe der Partei. Weil die Rechtlosigkeit von einem Drittel des industriellen Proletariats genau so wirkt, wie ein beschränktes Wahlrecht, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die bürgerlichen Parteien davon aus Klasseninteresse nichts wissen wollen. Dann muß auch in der „demokratischen“ Schweiz durch die Kraft der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft ein Kampf für die wirkliche Demokratie geführt werden. —